Europäisches Parlament
2024-2029

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

2024/2019(DEC)

29.1.2025

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

für den Haushaltskontrollausschuss

zu der Entlastung für die Ausführung des Haushaltsplans der Kommission für das Haushaltsjahr 2023
(2024/2019(DEC))

Verfasserin der Stellungnahme: Romana Tomc

PA_NonLegDec

STELLUNGNAHME

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten ersucht den federführenden Haushaltskontrollausschuss, Folgendes in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

– unter Hinweis auf den Jahresbericht des Rechnungshofs über die Ausführung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2023 zusammen mit den Antworten der Organe[1] und die Sonderberichte des Rechnungshofs,

1. begrüßt die Feststellung des Rechnungshofs, dass die konsolidierte Jahresrechnung der Union für 2023 die Finanzlage der Union zum entsprechenden Zeitpunkt in allen wesentlichen Belangen insgesamt sachgerecht darstellt;

2. weist erneut darauf hin, dass die Verwendung von EU-Mitteln unbedingt überwacht werden muss, damit der Schutz der finanziellen Interessen der EU sichergestellt ist; fordert die Kommission auf, die verfügbaren Instrumente voll auszuschöpfen, um der eindeutigen Gefahr eines schwerwiegenden Verstoßes gegen die Werte der EU und die Rechtsstaatlichkeit zu begegnen;

3. weist erneut darauf hin, dass die Ausgaben in der Teilrubrik 2a „Wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt“ darauf ausgerichtet sind, die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten und Regionen der EU zu verringern; erachtet die Kohäsionspolitik der EU als besonders wichtig, wenn es gilt, die Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte und ihres Aktionsplans sowie der damit verbundenen Kernziele voranzubringen und einen wichtigen Beitrag zur Beschäftigungs-, Sozial-, Bildungs- und Kompetenzpolitik der EU sowie zu Strukturreformen in diesen Bereichen zu leisten;

4. weist insbesondere darauf hin, dass der Europäische Sozialfonds Plus (ESF+) ein wichtiges Instrument ist, mit dem eine hohe Beschäftigungsquote, ein fairer Sozialschutz, qualifizierte und krisenfeste Arbeitskräfte und eine von Inklusion bzw. Zusammenhalt geprägte Gesellschaft als Schlüssel zur Beseitigung der Armut erwirkt werden sollen; vertritt die Auffassung, dass die EU sowie die nationalen und regionalen Institutionen den ESF+ mit Blick auf die Verwirklichung seiner Ziele und Vorgaben in den kommenden Jahren kontinuierlich finanziell und politisch unterstützen müssen; erachtet es als sehr wichtig, regionale Akteure, insbesondere vor Ort tätige Organisationen der Zivilgesellschaft und Sozialpartner eng in die Umsetzung der aus dem ESF+ finanzierten Tätigkeiten einzubeziehen;

5. begrüßt, dass das Europäische Jahr der Kompetenzen am 9. Mai 2023 mit dem Ziel eingeläutet wurde, die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen in der Union, insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), zu stärken und zur Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze beizutragen, um das Potenzial des grünen und des digitalen Wandels auf sozial gerechte, inkludierende und gerechte Weise voll

[1] ABl. C, .../..., ..., ELI: ... / Noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht.

auszuschöpfen;

6. ist besorgt darüber, dass die gesamten noch abzuwickelnden Mittelbindungen Ende 2023 mit 543 Mrd. EUR ein Rekordhoch erreicht haben, was hauptsächlich auf eine verstärkte Mittelbindung bei Fonds mit geteilter Mittelverwaltung sowie im Zusammenhang mit NextGenerationEU (NGEU) zurückzuführen ist; stellt jedoch fest, dass die gesamten noch abzuwickelnden Mittelbindungen im Zeitraum 2024-2026 voraussichtlich zurückgehen;

7. stellt mit Besorgnis fest, dass die Fehlerquote für die MFR-Rubrik 2 „Zusammenhalt, Resilienz und Werte“, die im Jahr 2022 bei 6,4 % lag, nach Schätzungen des Rechnungshofs im Jahr 2023 9,3 % betrug; betont, dass dies deutlich über den bereits hohen Quoten der Vorjahre liegt, was dazu geführt hat, dass der Rechnungshof ein negatives Prüfungsurteil zur Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Haushaltsausgaben abgegeben hat; weist darauf hin, dass die meisten Ausgaben in diesem Bereich als mit hohem Risiko behaftete Ausgaben gelten, da sie in erster Linie erstattungsbasiert sind und häufig komplexen Vorschriften unterliegen;

8. fordert, dass dringende Maßnahmen ergriffen werden, mit denen die Fehlerquote in Zukunft insbesondere für den Finanzierungszeitraum 2021-2027 gesenkt wird, und nimmt die Bemerkung des Rechnungshofs zur Kenntnis, dass sich die Komplexität bei der Auszahlung der Mittel auf das Fehlerrisiko auswirkt; nimmt jedoch die Feststellung des Rechnungshofs zur Kenntnis, dass mehrere Faktoren zusätzlichen Druck auf die Verwaltungen der Mitgliedstaaten ausgeübt haben und ihre Fähigkeit, dafür zu sorgen, dass die Ausgaben ordnungsgemäß sind und mit den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung im Einklang stehen, einem gesteigerten Risiko ausgesetzt haben; weist darauf hin, dass zu diesen Faktoren die erheblichen zusätzlichen REACT-EU-Mittel, die zur Verfügung gestellt werden, sowie das Enddatum 31. Dezember 2023 für den Förderzeitraum 2014-2020 im Kohäsionsbereich gehören, dessen letzte Jahre sich mit dem Förderzeitraum der Aufbau- und Resilienzfazilität überschneiden;

9. ist besorgt darüber, dass gemäß der Prognose der Kommission Mittelbindungen für kohäsionspolitische Fonds, einschließlich des ESF+, für den Zeitraum 2024-2027 im Umfang von 2,2 Mrd. EUR – d. h. dem Fünffachen des in der Prognose von 2022 vorgesehenen Betrags – aufgehoben werden, was hauptsächlich auf die anhaltend geringe Mittelausschöpfung zurückzuführen ist; betont, dass die Kommission Möglichkeiten ausloten sollte, die Mitgliedstaaten dabei zu unterstützen, die Mittelausschöpfung unter Wahrung der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung zu verbessern;

10. stellt fest, dass die hohe Inflation (6,4 %) weiterhin Auswirkungen auf den Haushalt der Union hatte; warnt davor, dass der Unionshaushalt der Inflationsprognose der Kommission zufolge bis Ende 2025 etwa 13 % seiner Kaufkraft verlieren könnte;

11. nimmt die Fortschritte der Kommission bei der Internalisierung von Mitarbeitern der Kinderkrippen zur Kenntnis; fordert, dass weiterhin auf gute Arbeitsbedingungen und stabile Beschäftigungsverhältnisse hingearbeitet werden sollte;

12. fordert die Kommission auf, alle noch nicht umgesetzten Empfehlungen des Rechnungshofs schnellstmöglich umzusetzen.

ANLAGE: EINRICHTUNGEN ODER PERSONEN, VON DENEN DIE VERFASSERIN DER STELLUNGNAHME BEITRÄGE ERHALTEN HAT

Die Verfasserin der Stellungnahme erklärt unter ihrer ausschließlichen Verantwortung, dass sie keine Beiträge von Einrichtungen oder Personen erhalten hat, die gemäß Anlage I Artikel 8 der Geschäftsordnung in dieser Anlage aufgeführt werden müssen.

ANGABEN ZUR ANNAHME IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

Datum der Annahme	28.1.2025
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 42 –: 9 0: 6
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Li Andersson, Marc Angel, Pascal Arimont, Konstantinos Arvanitis, Nikola Bartůšek, Gabriele Bischoff, Vilija Blinkevičiūtė, Rachel Blom, Andrzej Buła, David Casa, Estelle Ceulemans, Henrik Dahl, Johan Danielsson, Marie Dauchy, Mélanie Disdier, Elena Donazzan, Gheorghe Falcă, Chiara Gemma, Niels Geuking, Juan Carlos Girauta Vidal, Isilda Gomes, Alicia Homs Ginel, Sérgio Humberto, Irena Joveva, Martine Kemp, Katrin Langensiepen, Miriam Lexmann, Marit Maij, Marlena Maląg, Jagna Marczułajtis-Walczak, Eleonora Meleti, Idoia Mendia, Maria Ohisalo, João Oliveira, Branislav Ondruš, Aodhán Ó Ríordáin, Dennis Radtke, Nela Riehl, Liesbet Sommen, Villy Søvndal, Pál Szekeres, Romana Tomc, Jana Toom, Francesco Torselli, Marie-Pierre Vedrenne, Marianne Vind, Mariateresa Vivaldini, Petar Volgin, Jan-Peter Warnke, Séverine Werbrouck
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Vivien Costanzo, Raúl de la Hoz Quintano, Özlem Demirel, Valérie Devaux, Rudi Kennes, Hristo Petrov, Andrea Wechsler

NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

42	+
NI	Branislav Ondruš, Jan-Peter Warnke
PPE	Pascal Arimont, Andrzej Buła, David Casa, Henrik Dahl, Raúl de la Hoz Quintano, Gheorghe Falcă, Niels Geuking, Sérgio Humberto, Martine Kemp, Miriam Lexmann, Jagna Marczułajtis-Walczak, Eleonora Meleti, Dennis Radtke, Liesbet Sommen, Romana Tomc, Andrea Wechsler
Renew	Valérie Devaux, Irena Joveva, Hristo Petrov, Jana Toom, Marie-Pierre Vedrenne
S&D	Gabriele Bischoff, Vilija Blinkevičiūtė, Estelle Ceulemans, Vivien Costanzo, Johan Danielsson, Isilda Gomes, Alicia Homs Ginel, Marit Maij, Idoia Mendia, Aodhán Ó Ríordáin, Marianne Vind
The Left	Li Andersson, Konstantinos Arvanitis, Özlem Demirel, Rudi Kennes
Verts/ALE	Katrin Langensiepen, Maria Ohisalo, Nela Riehl, Villy Søvndal

9	-
ESN	Petar Volgin
PfE	Nikola Bartůšek, Rachel Blom, Marie Dauchy, Mélanie Disdier, Juan Carlos Girauta Vidal, Pál Szekeres, Séverine Werbrouck
S&D	Marc Angel

6	0
ECR	Elena Donazzan, Chiara Gemma, Marlena Maląg, Francesco Torselli, Mariateresa Vivaldini
The Left	João Oliveira

Erklärung der benutzten Zeichen:
+ : dafür
- : dagegen
0 : Enthaltung